DIE LINKE. BÖRDE
Beschluss des Kreisparteitages 29. November 2014

TTIP stoppen

DIE LINKE. Kreisverband Börde unterstützt alle zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Insbesondere stellen wir uns hinter die Forderungen:

1) Dass die Verhandlungen sofort beendet werden und
2) Die bisherigen Verhandlungsdokumente bei Handels- und Investitionsabkommen umgehend offenzulegen
3) Keine Sonderklagerechte für Konzerne
4) Die Handels- und Investitionspolitik der EU muss gemeinwohlorientiert sein und den Umweltschutz ausreichend berücksichtigen.

Begründung:

1. Kein demokratisches Mandat

Der Europäische Rat hat die EU-Kommission dazu mandatiert, mit den USA ein Gesamtpaket auszuhandeln. Dabei kommen fast alle Wirtschaftsbereiche auf den Tisch. Wirtschaftslobbyisten wurde ein erheblicher Einfluss auf die Verhandlungen zugestanden, der Großteil der zu berücksichtigenden Expertisen wird von ihnen erstellt.
Die Verhandlungen werden geheim geführt, die Positionen der EU-Kommission erfuhr die Öffentlichkeit nur, weil diese Ergebnisse geleakt (enthüllt) wurden. Nun sollen zügig Fakten geschaffen werden, 2015 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein.

2. Falsche Versprechungen

Durch das Handelsabkommen sollen Millionen neuer Jobs geschaffen werden, durch ein gesteigertes Wirtschaftswachstum wird den Menschen ein Einkommenszuwachs von bis zu 545 EURO pro vier Personen Haushalt vorgegaukelt. Schaut man aber genau hin, so wird der Einkommenszuwachs für das Jahr 2027 (!!!) errechnet. So betrachtet, fällt der Zuwachs geradezu lächerlich gering aus.

3. Sonder-Klagerechte für Konzerne

Ausländische Investoren sollen, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionen oder Gewinnerwartungen einschränken, vor Schiedsstellen gegen den Staat klagen können. Während hingegen inländische Unternehmen in solchen Fällen den allgemeinen Klageweg bestreiten müssen. Internationale Investoren bekommen also Sonder-Klagerechte in einem zweiten, völlig intransparenten Rechtssystem. In diesem System entscheiden keine ordentlichen Gerichte, sondern private, hochbezahlte Juristen.

Unabhängigkeit, Rechenschaftspflichten oder Revisionsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Zahl solcher Schiedsverfahren steigt weltweit und oft geht es um milliardenschwere Entschädigungsforderungen, die dann vom Steuerzahler zu begleichen sind.

4. öffentliches Beschaffungswesen

Werden von Gemeinden, Landkreise oder Bundesländer Aufträge vor Ort vergeben, etwa um die regionale Wirtschaft anzukurbeln oder um unnötige Transportwege zu verhindern, ist das in einer Freihandelszone verboten, denn sie diskriminieren entfernte Anbieter.
Im Rahmen der Verhandlungen mit den USA drängt die EU auf eine sehr weitreichende Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens.
Die eigene Region gezielt zu stärken oder soziale und ökologische Ziele zu berücksichtigen wird damit weitgehend unmöglich gemacht. Dies könnte auch als Einfallstor dienen, um die Wasserversorgung, selbst in den USA noch überwiegend in kommunaler Hand, zu privatisieren.

5. Finanzdienstleistungen

Bei den Verhandlungen wurde nicht auf die Krisenursache der Finanzkriese reagiert. Es steht zu befürchten, dass durch das Handelsabkommen eine weitere Deregulierung der Finanzmärkte Vorschub geleistet wird. Die bisher kaum wahrnehmbaren Regulierungen aufgrund der Erkenntnisse aus der Finanzkriese stehen damit wieder zur Disposition.

6. Patent- und Urheberrecht

Wir erinnern uns noch an das ACTA – Abkommen, durch das versucht werden sollte, aus der Weiterleitung eines Zeitungsartikels eine Urheberrechtsverletzung zu machen. Ein massiver Protest der Bevölkerung verhinderte, dass die Bundesrepublik das Abkommen ratifizierte. Nun setzen die Unterhaltungs-industrien und die Geheimdienste alles daran, dass Urheberrechte über das Freihandelsabkommen so restriktiv wie nur möglich gehandhabt werden.

Dies betrifft nicht nur geistiges Eigentum, sondern auch die Patente an Saatgut und Erbgut. Monsanto, Google, Amazon usw. werden sich freuen.

7. Verbraucher und Umweltschutz

Das Vorsorgeprinzip im Verbraucher- und Umweltschutz wird ausgehebelt. Damit konnte eine gefährliche Technologie (z.B. Fracking) verhindert werden, weil Folgeschäden der Technologie nicht ganz ausgeschlossen werden konnten. Nach dem Verhandlungsstand von TTIP muss alles erlaubt werden, gegen dessen Schädlichkeit es keinen gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen gibt. Damit wird der Gen-Technologie, Fracking usw. Tür und Tor geöffnet, Gen-Food Standard in den Regalen der Supermärkte.

8. Zusammenfassung

TTIP ist eine Art Kuhhandel, die EU bietet an, das Einfuhrverbot von Genfleisch zu streichen, die USA schwächt im Gegenzug die Zulassungskontrollen für europäische Medikamente ab. In der Praxis führt dies zu einer Abwärtsspirale der Standards. Im Geltungsbereich des Freihandelsabkommens gilt dann irgendwann immer der Standard des Landes mit dem niedrigsten Standard.

TTIP ist ein Kniefall vor den Großkonzernen. Ihnen wird eine umfassende Freiheit im Handeln gewährt, soziale und ökologische Themen sowie die demokratisch zustande gekommene Entscheidungen/Regelungen/Gesetze treten vollends hinter dem Profit der Konzerne zurück. Die demokratische Ordnung wird demontiert, politische Entscheidungsträger haben dann nichts mehr zu entscheiden, da Entscheidungen, Regelungen und Gesetze jederzeit durch die Konzerne über ein Schiedsverfahren zurückgeholt werden können.
Den durch die Entscheidung/Regelung/Gesetz entgangener Gewinn des Konzerns (meist in Milliardenhöhe) zahlen dann die Steuerzahler des betreffenden Landes. Die Schiedsgerichte werden dabei von den Konzernen eingerichtet, meistens handelt es sich dabei um große internationale Anwaltskanzleien (übrigens die Hauptsponsoren von Obamas Wahlkampf).
Die Verhandlungen sind nicht öffentlich und bindend, Unabhängigkeit, Rechenschaftspflicht und eine Revisionsmöglichkeit gibt es nicht.

TTIP, TiSA und CETA müssen verhindert werden, sie sind der letzte Schritt, der die EU von einer Demokratie in eine Diktatur der Konzerne führt, ein Zurück gibt es danach nicht mehr.

Erläuterungen zu den Abkürzungen:

TTIP englisch: Transatlantic Trade and Investment Partnership
Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft
oder auch Trans-Atlantic Free Trade Agreement – TAFTA
(zwischen EU und USA)

TiSA englisch: Trade in Services Agreement
Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen
Beteiligt sind 23 „Partner“ inkl. EU und USA

CETA englisch: Comprehensive Economic and Trade Agreement
Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada
gilt auch als Testfall für das TTIP

ACTA englisch: Anti-Counterfeiting Trade Agreement,
Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (Urheberrecht im Internet)
Das Abkommen wurde im Juli 2012 mit großer Mehrheit im EU Parlament abgelehnt. Es war zu befürchten, dass das Abkommen wegen seines Inhalts, der dort verankerten Verfahren und Institutionen negative Auswirkungen auf mehrere Menschenrechte hat, insbesondere das Recht auf ein angemessenes Verfahren, das Recht auf Achtung des Privatlebens, die Informationsfreiheit, Meinungsfreiheit und das Recht auf Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten
Jetzt ist ACTA allerdings inhaltlich in CETA und TTIP eingearbeitet.